## Niederschrift

## über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 10.01.2007

im Neues Rathaus Raum 2.5/2.6 Großflecken 59

#### 24534 Neumünster

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Anwesend waren:** 

Ausschussvorsitzender

Herr Reinhard Arens

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Gesa Freiberg Herr Torsten Geerdts Herr Wolf-Werner Haake Frau Alexandra Mallon Herr Refik Mor

Herr Refik Mor Frau Andrea Pries

Herr Hans-Georg Stanull

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Norbert Andresen Frau Marianne Lingelbach

Herr Friedrich-Wilhelm Strohdiek

**Beratendes Mitglied** 

Frau Kersten Andresen

Außerdem anwesend

Gleichstellungsstelle Frau Heinke Wiesner
Personalrat Herr Georg Müller
Seniorenbeirat Herr Gerhard Johannsen

# Von der Verwaltung

Herr Günter Humpe-Waßmuth Frau Dr. Alexandra Barth Herr Holger Pohlmann Herr Hans-Heinrich Voigt Herr Volker Otzen

Protokoll

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 22.11.2006
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Sozialbericht 2005
- 6. Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Arens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere auch die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, mit den besten Wünschen für das neue Jahr. Als neues Ausschussmitglied heißt er Ratsherrn Torsten Geerdts willkommen.

Schließlich stellt der Vorsitzende, Herr Arens, die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 22.11.2006

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 22.11.2006 wird einstimmig genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5. Sozialbericht 2005

Der Vorsitzende, Herr Arens, erteilt Herrn Otzen das Wort.

Herr Otzen führt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation in die Thematik ein (s. Anlage 1). In der sich anschließenden Aussprache bemängelt Frau Wiesner, dass Angaben zur häuslichen Gewalt fehlen und dass lediglich das Beratungszentrum Mittelholstein als Beratungsstelle berücksichtigt wurde, nicht aber weitere wie z.B. "Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Frauen gegen Gewalt e.V.".

Bbschm. Herr Strohdiek würde es begrüßen, wenn die Daten in einem interkommunalen Vergleich dargestellt werden könnten.

Weitere Fragen werden von der Verwaltung beantwortet.

Der Vorsitzende, Herr Arens, legt für die SPD-Fraktion einen Antrag vor (s. Anlage 2), der nach ausführlicher Diskussion folgende Fassung erhält:

#### SPD Fraktion

Der Sozialausschuss möge beschließen:

- Der Sozialbericht 2005 wird vom Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen.
- 2. Er wird als grundlegendes Instrument der städtischen Planung im sozialen Bereich und als Hilfe für die in der Selbstverwaltung politisch Entscheidenden gesehen.
- 3. Es wird heute festgestellt, dass trotz vielfältiger Bemühungen in den zurückliegenden Jahren weiter deutliche Unterschiede in der sozialen Belastung zwischen der Innenstadt (spez. Nordost) und den Stadtteilen (spez. Tungendorf, Gadeland) bestehen. Die Bemühungen sind fortzuführen, auszuwerten und nach Möglichkeit zu intensivieren.
- 4. Die Vorbemerkungen werden durch folgende Absätze ergänzt:

Der Sozialbericht zeigt deutlich, dass die Problembereiche Hilfe zur Pflege, Familiengerichtshilfe, Grundsicherung und Wohngeld nicht in den Index soziale Belastung eines Stadtteiles eingehen, sondern als separierte Handlungsfelder der Kommune betrachtet werden sollten.

Des Weiteren wird aufgezeigt, dass ein enger wechselseitiger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit bzw. Bezug von HLU und Wohnungsnot sowie Hilfe zur Erziehung, Jugendgerichtshilfe und polizeiliches "aktenkundig werden" besteht. Die Ursachen sozial belastender Faktoren sind in mangelnder Bildung, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Kriminalität zu ergründen. Ziel kommunaler Sozialpolitik ist es, diesen geeignet zu begegnen. Über geeignete Maßnahmen wird in den zuständigen Ausschüssen beraten und beschlossen.

- 5. Ziel kommunaler Sozial- sowie Jugend- und Familienpolitik soll es sein, Hilfen für alle Zielgruppen stadtteilbezogen anzubieten. Dieses ist mit den Trägern von Angeboten in den Stadtteilen zu planen. Zu diesen Überlegungen sollen die Träger in den zuständigen Fachausschüssen angehört werden.
- 6. Die Verwaltung soll prüfen, in wie weit über bestehende kommunale Strukturen (z.B. Bezirkssozialarbeit) Probleme wie z.B. Alters- und Kinderarmut aufgegriffen werden können.
- 7. Mit den sozialen Trägern sind als ersten Schritt Aktivierungshilfen für Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zu planen. Für die Umsetzung werden wie geplant 20.000 € Haushaltsmittel bereitgestellt.
- 8. In den Sozialbericht werden Daten zur Gewalt eingearbeitet.
- Die Erstellung eines Sozialberichtes erfolgt alle 3 Jahre. Die Darstellung der erhobenen Indikatoren erfolgt in Zeitreihen. Weiter wird ein Kennzahlenvergleich mit den kreisfreien Städten erstellt. Der Sozialbericht wird dem Fachausschuss zur Beratung und der Ratsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.
- 10. Der jetzige Sozialbericht wird in seiner geänderten Fassung der Ratsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Antrag wir einstimmig angenommen.

6. Mitteilungen

Auf die Frage von Bgschm. Herrn Strohdiek nach präventiven Maßnahmen gegen Verwahrlosung bzw. Vernachlässigung der Fürsorgepflicht in Familien weist Herr Stadtrat Humpe-Waßmuth auf das Projekt "Schutzengel" hin.

Der Vorsitzende, Herr Arens, erläutert das Auswahlverfahren der zu fördernden Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser des Bundesfamilienministeriums (s. Anlage 3).

Frau Dr. Barth weist auf den neu aufgelegten "Gesundheitswegweiser 2007" des Fachdienstes Gesundheit hin, der an alle Anwesenden verteilt wurde.

Frau Wiesner stellt die allen Anwesenden vorliegende Broschüre "Aktiv vor Ort! Adressen für Frauen in Neumünster" vor.

Herr Voigt macht auf das BundesweiteElternNetz (BEN) aufmerksam. Dieses bietet Eltern in unterschiedlichen Regionen Deutschlands einen umfassenden und aktuellen Überblick über Angebote, die Eltern mit Kindern wahrnehmen können. Der ASD baut für Neumünster ein entsprechendes Portal im Internet auf, das zzt. 330 Angebote/Adressen aufweist. Die Datenbank ist über die Internetadresse <a href="www.ben-elternnetz.de/start.php?stadt=Neumünster">www.ben-elternnetz.de/start.php?stadt=Neumünster</a> erreichbar.

Arens (Ausschussvorsitzender)

Otzen (Protokollführer)

**Ende der Sitzung:** 18.45 Uhr